

Marzahn- Hellersdorf

29. Jahrgang / Januar 2019

links

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf · Informationsblatt

40 Jahre Marzahn-Hellersdorf:

Ein Hoch auf alle, die den Bezirk gegründet haben und weiter gestalten!

Im Durchschnitt ist der Marzahn-Hellersdorfer wahrscheinlich um die 45 Jahre alt, viele älter, viele jünger. Aus dem jungen Bezirk ist ein mittlerer Bezirk geworden. 2019 feiern wir den 40. Geburtstag. Die Vierziger – das klingt nach „Mitten im Leben“. Viele Geschichten werden sich die Bürgerinnen und Bürger im Geburtstags- und Feierjahr erzählen. Für die Älteren, die damals als junge Familien in die neuen Plattenbauten direkt auf die Baustelle zogen, gehört die Geschichte des Aufbaus, der Gummistiefel, der Gemeinschaft und der Gesellschaft, die sie gemeinsam gestalten wollten, zu den wichtigsten Erinnerungen. Um die neuen Kindergärten wurde gekämpft – aber dann auch gleich am Tag nach dem Einzug zu arbeiten begonnen, vie-



Auch die Gärten der Welt, hier der chinesische Garten am Ende des vergangenen Jahres, werden anlässlich des Bezirksjubiläums mit Veranstaltungen aufwarten. Foto: Y. Rami

oder anderen erfahrenen Ingenieur leise murmeln: Das haben wir damals in der Taktstraße schneller geschafft ... Es ist gut, dass wir uns diese Geschichten erzählen, aber ich wünsche mir auch, dass die jungen Familien um 30, die neu zu uns kommenden Bürgerinnen und Bürger mit ihren Erwartungen an den Bezirk, an gute Politik, an Mitbestimmung und Gestaltung zu Wort kommen.

Wir als Linke freuen uns auf den Dialog, auf Ihre Hinweise, und sicher treffen wir uns wie immer bei vielen Gelegenheiten und Festen zwischen Mahlsdorf und Marzahn, Biesdorf, Friedrichsfelde-Ost, Kaulsdorf und Hellersdorf.

Mit bestem Gruß
JULIANE WITT
Bezirksstadträtin

www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

le Wege waren noch gar nicht fertig - sie wurden gemeinsam im Gehen entwickelt. Erst neulich erzählte mir eine Jubilarin davon: „Sie haben gesagt, Du bist Kindergärtnerin, dann kannst Du Dein Kind da gleich hinbringen und fängst Montag an.“ Wahrscheinlich war noch nicht einmal die Gardine gekauft, aber Arbeit und Aufgaben auch in der neu entstehenden Nachbarschaft gab es genug. Geschichten von Kellerpartyräumen, von Unterstützung der Mütter untereinander, von neu entstehenden Sportvereinen und nagelneuen Bibliotheken gehören dazu. Dann aber, als man sich gerade über die ersten sozialen und kulturellen Einrichtungen freute, die Kaufhalle zum Treffpunkt wurde, auch der Schulhof endlich kleine Bäume hatte ... kam die Wende. Empfundener für viele als Bruch, als wirkliches Wenden der Dinge, des Umfelds, Abbruch und Abriss. Für einige wurde die Wende zur Chance, Freiheit und Zukunftshoffnung mit dem Blick in die weitere Welt. Für andere war sie der Beginn einer Entwertung von

Arbeitserfahrung, Abschluss oder Verlust von Familie und Zusammenhalt. 2019 bedeutet auch 30 Jahre Mauerfall. 40 Jahre Marzahn-Hellersdorf ist auch die Geschichte zweier Gesellschaften und die Entwicklung eines Wohn- und Lebensraumes innerhalb der jeweiligen Hauptstadt. Sie als Bürgerinnen und Bürger werden sich 2019 an vielen Feierlichkeiten beteiligen können. Es wird auch eine gute Gelegenheit sein, die eigenen Erfahrungen in Erinnerung zu rufen. Nach dem schnellen, ungerechtfertigten Zurückweisen der Leistungen und Erfahrungen in der DDR sind viele Modelle und Ideen heute, 30 Jahre später, wieder gelebte Praxis und damit auch späte Bestätigung für viele Ingenieure und Fachleute aller Art. Die Poliklinik mit allen Fachexperten findet sich wieder im Ärztehaus. Die für Eltern kostenfreie Kita mit kostenfreiem Mittagessen, auch in der Schule, ist heute gelebte Realität in Berlin. Längst hat sich herausgestellt, dass auch dies ein sozialer Wert ist, den sich eine Gesellschaft leisten muss, um allen die gleichen Chancen zu geben. Mit Fertigteilen, industriell vorgefertigt, schnell, gut und günstig bauen – auch diese Praxis taucht als „Platte 4.0“ wieder auf, und die Kräne in unserem Bezirk lassen den einen

Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2: Aus den Siedlungsgebieten: Geflüchtete willkommen / Nach der IGA 2017 / Was passiert in der Hönowener Weierkette? / Erschließung S-Bahnhof Kaulsdorf

Seite 3: Petra Pau: Internationale / Aus dem Bezirksvorstand / Einladung an Neumitglieder

Die Innenseiten I und II:

Aus der BVV-Linksfraktion:

- Anziehungspunkt „Theater des Ostens“
- Wuhletalbrücke - Verkehrskonzept nötig
- Bericht zur BVV im Dezember 2018
- Bessere Bezahlung für Kita-Erzieherinnen

Seite 4: Dr. Manuela Schmidt: Die Stadt für alle / Neuwahl von Landesvorstand und Landesgremien / Aufruf zum Frauenstreiktag

Seite 5: Solidarische Hilfe für kleine Patienten / Ein Besuch im Advent / Aufruf zum Mitmachen: 1.-Mai-Fest-Komitee

Seite 6: Tipps und Termine / Hinten links: Sklaven des 21. Jahrhunderts

Aus den Siedlungsgebieten:

Auch in Biesdorf: Geflüchtete sind bei uns herzlich willkommen!

Auf Grund der steigenden Flüchtlingszahlen wurde im Jahre 2016 vom Berliner Senat die Neuerrichtung von Unterkünften für Geflüchtete beschlossen. Derzeit befinden sich berlinweit 31 Objekte in Betrieb, im Bau oder in der Planung. In unserem Bezirk leben aktuell ca. 3850 Flüchtlinge in Unterkünften oder in Wohnungen. Im Marzahn-Hellersdorfer Ortsteil Biesdorf entstanden wegen des starken Zustromes von Menschen aus den Bürgerkriegsländern Syrien, Irak und Afghanistan zwei neue Unterkünfte für Geflüchtete. Zum einen gibt es seit Januar 2016 die Unterkunft im Brebacher Weg und seit August 2017 die Gemeinschaftsunterkunft „Tempohome Dingolfinger Straße“. In ihnen leben Geflüchtete im Asylverfahren, Menschen die das Verfahren schon beendet haben und ein Abschiebeverbot erhalten haben, Geflüchtete mit „subsidiärem (zeitweiligem) Schutz“ und Geflüchtete, die nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt sind oder die aus rechtlichen Gründen nicht ausreisen können und geduldet werden. Eine dieser Unterkünfte befindet sich auf dem Gelände des Unfallkrankenhauses Berlin. Aktuell leben hier im Brebacher Weg über 200 Bewohner*innen aus 14 Nationen. Die Unterkunft wird vom Landesvor-

stand der Volkssolidarität Berlin betrieben und hat das Ziel, vor allem „schutzbedürftige Flüchtlinge“ aufzunehmen. Die Gruppe der schutzbedürftigen Flüchtlinge hat nach der Aufnahmerichtlinie der Europäischen Union vom Februar 2013 einen besonderen Anspruch auf die erforderliche medizinische und sonstige Hilfe. Hier leben Menschen mit besonders schweren körperlichen Erkrankungen, psychischen Störungen, Folteropfer und Opfer von sexualisierter Gewalt. Zugleich werden in Folge der Veränderungen der Strukturen im Landesamt für Flüchtlingsfragen vor allem Familien, Menschen mit Behinderungen und Frauen mit Kindern hier untergebracht. Gegenwärtig suchen hier auch Menschen aus Moldawien, Tschetschenien und Turkmenistan Schutz. In diesen Ländern werden ethnische Minderheiten wie Roma und Sinti sowie der Volksgruppe der Jesiden besonders diskriminiert. Das betrifft die gesundheitliche Versorgung in den Herkunftsländern und auch die Teilhabe der Kinder an Bildung. Das Team der Mitarbeiterinnen engagiert sich, die bestmöglichen Bedingungen für die Bewohner*innen zu schaffen. In Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt des Bezirksamtes, den psychosozialen Einrichtungen der Wuhletal gGmbH und der Lebensnähe gGmbH,

der bezirklichen Freiwilligenagentur, der Volkshochschule, den Ortsgruppen der Volkssolidarität und dem Stadtteilzentrum Biesdorf wird um optimale Lebensbedingungen und soziokulturelle Angebote für die Bewohner*innen und deren Nachbarschaft gerungen. Die Unterkunft am Brebacher Weg verfügt über ein Kinderzimmer und einen Frauenraum. Etwa jede*r zweite Bewohner*in der Einrichtung ist minderjährig. Durch einen Solidarfonds der Volkssolidarität Berlin konnte am „Freiwilligentag“ ein kleiner Spielplatz geschaffen werden. Freiwillige bieten die Pflege und Reparatur von Fahrrädern an und schaffen so vor allem für die Kinder etwas Abwechslung. Die Gründe, hier bei uns Zuflucht zu suchen sind vielfältig. Fluchtgeschichten sind immer Geschichten von Repressalien, Diskriminierung, von Gewalt und schwerwiegender Verletzung der Menschenrechte. Die Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen und Mitarbeiter*innen der Verwaltung der Unterkunft stellen sich diesen Schicksalen und ringen um die bestmöglichen Bedingungen der Integration. Ich möchte ihnen und für ihren Einsatz herzlichen Dank sagen. Ich wünsche den Mitarbeiter*innen und den Bewohner*innen im Brebacher Weg ein gesundes und vor allem erfolgreiches Jahr 2019!

KLAUS-JÜRGEN DAHLER
Bezirksverordneter

Nach der IGA Berlin 2017

Der Arbeitskreis IGA Berlin 2017 des Bezirksverbandes Berlin der Industriergewerkschaft Bauen Agrar Umwelt (IG BAU) hat nach sechs Jahren als Arbeitsinstrument des Bezirksvorstandes Berlin (IG BAU - Satzung § 32) seine Tätigkeit zum 31.12.2018 beendet. Der Bericht, von der Mitgliederversammlung des AK IGA einstimmig beschlossen, wird dem Berliner IG-BAU-Bezirksbeirat auf dessen erster Tagung 2019 vorgetragen und schriftlich übergeben. Dieser Arbeitskreis war auf Antrag des Ortsverbandes Marzahn-Hellersdorf vom November 2012 auf dem IG-BAU-Bezirksverbandstag Berlin am 3. März 2013 beschlossen worden. Leider fühlte sich der Bezirksvorstand lange Zeit nicht an diesen BVT-Beschluss gebunden und bremste die Initiativen der Ortsverbände und Fachgruppen über Jahre aus. Noch auf dem 2017'er Bezirksverbandstag unternahm der scheidende Bezirksvorsitzende gar den Versuch, diesen AK IGA Berlin 2017 gänzlich zu verschweigen. Die IG-BAU-Oberen - die Bedeu-

tung der Internationalen Gartenausstellung völlig negierend und als eine Art „Schrebergarten-Party“ betrachtend - überließen die IGA 2017 uns Marzahn-Hellersdorfern. Wir - drei von sieben Vorstandsmitgliedern - leisteten den meisten Teil der Arbeit gegen alle Widerstände „von oben“. Doch waren die mitgestalteten Arbeitsergebnisse in Bau und Pflanzungen, die Erlebnisse während der diversen Events, das erworbene Wissen, die neuen Bekanntschaften und immer wieder der Zauber der Natur - nicht allein hier im Mittelpunkt, sondern eben auch an den dezentralen Orten der IGA 2017 von Lichtenberg über Kreuzberg bis Prenzlauer Berg - Lohn und Motivation genug für uns engagierte Gewerkschafter*innen.

Neben der Erfahrung bleiben viele schöne Erinnerungen.

An Karl und Rosa erinnern werden auch wir am 13. Januar in Friedrichsfelde am Info-Punkt der IG BAU.

BERND-R. LEHMANN, IG BAU, DGB-KV Ost

Barrierefreie Erschließung des S-Bahnhofs Kaulsdorf kommt!

Immer wieder wurde im Stadtteil Kaulsdorf auf die fehlende südliche barrierefreie Überquerung der S-Bahntrasse aufmerksam gemacht. Im Bürgerhaushalt von Marzahn-Hellersdorf war die Forderung ein Dauerbrenner. Auf meine Nachfrage beim Senat im Mai 2018 hin, erwog dieser erstmals, den Bau einer Brückenverlängerung vom S-Bahnhof auf die Südseite bei der Deutschen Bahn zu bestellen.

Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle unterstützte gegenüber der zuständigen Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz nachdrücklich den Bau dieser dringend benötigten barriere-

freien Überquerung der Bahntrasse. Nunmehr hat der Senat der Bürgermeisterin bestätigt, dass die Brücke kommen wird. Ein jahrelanger Kampf hat damit Erfolg. Für die südliche barrierefreie Erschließung wird allerdings ein sogenanntes Planfeststellungsverfahren notwendig sein, das einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Ich werde mich gemeinsam mit den im Bezirk Verantwortlichen bei der Deutschen Bahn für eine zügige Umsetzung dieser Maßnahme einsetzen.

KRISTIAN RONNEBURG
MdB

Was passiert demnächst in der Hönower Weiherkette?

Seit 2005 steht das Gebiet unter Landschaftsschutz. Die Weiherkette entstand zum Ende der letzten Eiszeit durch Abschmelzen der Gletscher. Das Wasser grub sich in den Untergrund und es entstanden viele kleine, kettenförmig zusammenhängende Gewässer, insgesamt zwölf Puhle, die mehr oder zeitweise Wasser führen. Im 19. Jahrhundert wurde das Gebiet noch als die „kühlen Gründe“ bezeichnet, hatte also offenbar inmitten der Barnimer Feldflur besondere mikroklimatische Bedingungen. Heute und für die künftigen Generationen gilt es, das Gebiet für die Erholung zu erhalten, zugleich aber auch wieder dessen klimatische Funktion herauszuarbeiten. Das Thema „Wasser für die Weiherkette“ hatte ich letztes hier schon mal wieder thematisiert. Ein weiteres ist aber die Offenhaltung, Pflege und Erhalt der abwechslungsreichen Landschaft. Hierzu werden Ausgleichsmaßnahmen aus dem Bebauungsplan für das Gewerbegebiet „Cleantech Business Park“ eingesetzt. Über deren Wirksamkeit lässt sich diskutieren, ebenso über das notwendige Monitoring für die Zielarten „Braunkehlchen“ und „Steinschmätzer“.

Neben einem behutsamen Waldumbau geht es insbesondere im Ostteil des LSG auch um die Entwicklung einer extensiven Beweidung, wodurch eine regelmäßige „kompetente“ Landschaftspflege gewährleistet werden kann.

Das mit der Landschaftsplanung beauftragte Büro entwickelte die Idee, Schottische Hochlandrinder auf wechselnden Flächen einzusetzen. - das kleinwüchsige und relativ leichte Hochlandrind gilt als gutmütig, robust und langlebig. Es gibt inzwischen weitreichende gute Erfahrungen mit dieser Rinderrasse. Von einigen „Wutbürgern“ vorgetragene Bedenken gegen das Beweidungsprojekt sind völlig unbegründet. Freuen wir uns doch auch auf „Kuh Carla und ihre Kälber“ ...

FRANK BEIERSDORFF

Petra Pau (MdB): Die Internationale

Weihnachten gilt als Fest der Besinnung und Besinnen tut bitter Not, allemal in der Politik, häufig auch unter Linken. Noch nie waren das Klima und mithin das Leben so katastrophal bedroht. Noch nie wurden weltweit so viel Profiteure durch Rüstung, letztlich Kriege und Tote ergaunert. Und noch nie, seit 1945, gab es so viele nationalistische Egoisten, Rassismus inklusive. Die Geschichte scheint sich rückwärts zu drehen, weltweit.

Jüngst wurde ich gebeten, einen Beitrag für ein Buch zu schreiben. Darin geht es um Konservatismus. Ich habe zugesagt und eine Idee dazu. Die lasse ich hier mal weg. Aber die „Internationale“ kommt darin vor, ja, das Lied oder die Hymne der Arbeiterklasse, die auf die Pariser Kommune 1871 zurückgeht. Damals wurde vielerorts gerade erst das Nationale geboren, was auch in deutschen Ländern ein Fortschritt war. Und gleichwohl wurde schon seinerzeit das Internationale betont. Heute ist offensichtlicher denn je, dass Völker- und Menschenrechte letztlich nur noch international erkämpft werden können. Was nationale Verantwortung einschließt, aber eben im übergreifenden Sinne. Die drohende Klimakatastrophe, die weltweite Migration und die rasante Digitalisierung sind nur drei Themen, die nur noch global politisch behandelt werden.

Und trotzdem hadert auch DIE LINKE in manchem Fall der Fälle. Jüngst gab es im Bundestag eine durch die AfD, aber auch durch etliche Medien aufgeheizte Debatte. Ich sprach im Plenum für die Fraktion DIE LINKE. Es ging um einen globalen Pakt zur Migration, den 190 Staaten unter dem

Dach der UNO ausgehandelt haben. Ich begrüßte das Herangehen, ich warb für Zustimmung und ich kritisierte aus linker Sicht zentrale Versäumnisse des Vorhabens. Anders eine namhafte Politikerin unserer Fraktion. Sie sprach noch Stunden vordem und hernach erneut in Mikros, es gehe nicht darum, Migration zu regeln, sondern zu verhindern. So kann man ein globales Problem von Millionen Menschen auch ignorieren. Allerdings hat das wenig mit Links zu tun, finde ich.

Im Mai 2019 wird das EU-Parlament neu gewählt. Die Debatten zum Wahlprogramm der Partei DIE LINKE sind angelaufen. Aus dem Bundesvorstand wurden erste Kontroversen bekannt. Gemeinsam ist allen Kontrahenten, dass sie die Europäische Union so, wie sie ist, klar kritisieren. Ja, die EU ist aus linker Sicht weder sozial, noch demokratisch, noch Frieden gebietend. Aber dann lösen sich die kritischen Gemeinsamkeiten ins Gegeneinander auf. „EU, ja aber“, sagen die einen. „EU, nein danke“, finden andere. Ein Blick ins Leben zeigt: Die Europäische Union wird zunehmend in Frage gestellt, allemal von nationalistischen Bewegungen und Parteien. Und fürwahr: Ihr Zerfall droht nicht nur durch den Brexit. Will DIE LINKE gleichfalls zurück in ein Europa vor 1945, inklusive Gegeneinander und Krieg? Ich nicht!

Ich bleibe dabei: Eine Linke, die nicht global denkt und agiert, ist keine.

„Es rettet uns kein höh'eres Wesen“, heißt eine Liedzeile der „Internationale“.

Niedriges Gewese tut es auch nicht, füge ich hinzu.

Aus dem Bezirksvorstand: Treff mit Neumitgliedern / 2019 im Blick

Mit seiner Sitzung am 4. Dezember verabschiedete sich der Bezirksvorstand vom Jahr 2018. Vor dieser letzten Sitzung fand ein Treffen mit Mitgliedern statt, die im Jahr 2018 in DIE LINKE eintraten. Dieses Treffen wurde kurz ausgewertet. 6 von 23 Neuen nahmen die Gelegenheit wahr, um einige Mitglieder des Bezirksvorstandes kennenzulernen und sprachen mit ihnen über persönliche Beweggründe für eine Mitgliedschaft in unserer Partei. Aufgezeigt wurden die vielfältigen Möglichkeiten einer Beteiligung an der politischen Arbeit. Diese reichen bekanntlich von einer Teilnahme an der Arbeit der Basisorganisationen im Kiez bis zur Mitarbeit in bundesweiten Arbeitsgemeinschaften und Vereinigungen. Die Teilnehmer waren sich einig in der Nutzung digitaler und herkömmlicher Techniken in der politischen Arbeit. Übrigens nutzten 2 Neumitglieder gleich die Möglichkeit und nahmen als Gäste an unserer Sitzung des Bezirksvorstandes teil.
An den Landesparteitag (15./16.12.2018) wurde ein einstimmig angenommener dringlicher Antrag des

Bezirksverbandes anlässlich der Einführung eines zusätzlichen staatlichen Feiertages in Berlin gerichtet. Bekanntlich hat sich die rot-rot-grüne Koalition geeinigt, den 8. März ab 2019 als jährlichen gesetzlichen Feiertag einzuführen. Unser Antrag fordert nunmehr eine Bekräftigung des Beschlusses vom 6. Landesparteitag „8. Mai als jährlichen Feiertag gegen Faschismus und Krieg etablieren“. Im letzten Tagesordnungspunkt informierte Genossin Morgenthaler über die Wiederbelebung der Bundesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus. Genossin Schwarz gab bekannt, dass am 14. September 2019 die nächste Veranstaltung „Schöner leben ohne Nazis“ stattfinden soll.
Zum Jahresausgang noch ein Wort vom Berichterstatter. Für 2018 geäußerte Kritik und Lob möchte ich mich bedanken und verspreche auch im neuen Jahr eine sachgerechte Information aus dem Bezirksvorstand sowie die Darstellung von Meinungen und Standpunkten.
UWE WOLLMERSTÄDT
Mitglied des Bezirksvorstandes

Einladung an alle, die seit 2016 Mitglied der LINKEN im Bezirksverband geworden sind

Liebe Genossinnen und Genossen, seit dem Jahr 2016 ist viel passiert, gerade in unserer Partei. Du bist in dieser Zeit Mitglied geworden, vielen Dank dafür.

Sicherlich hast Du schon die eine oder andere Erfahrung gemacht oder auch schon das eine oder andere ausprobiert, durch den Landesverband wurden Dir schon die Landesarbeitsgemeinschaften (LAG) nähergebracht und in der einen oder anderen bist Du vielleicht schon fleißig dabei.

Du hast neue Leute und andere Meinungen kennengelernt und hast Dich schon so manchen Abend gestritten. Das alles gehört zu unserer Partei und ist ein Teil von Dir, mir und allen anderen. Nur so kommen wir voran und entwickeln uns weiter.

In Zusammenarbeit mit der LAG Politische Bildung haben wir für Dich einen Neumitgliederworkshop entwickelt, in dem wir Dir noch mal ganz genau unsere Partei und ihre Strukturen näherbringen wollen, damit sich Dein Bild vervollständigt oder Du einen ersten Anhaltspunkt bekommst.

Wir freuen uns, Dich für den 2. März 2019 um 10 Uhr in den Linken Treff (Geschäftsstelle der LINKEN, Marzahn-Hellersdorf) in der Henny-Porten-Straße 10-12 einladen zu dürfen. Wir wollen mit Dir die Strukturen erarbeiten, zeigen, wo man was in der Partei machen kann und Dir ein volles Bild Deiner Partei geben.

Der Workshop ist ein Mitmach-Workshop und lebt von Deiner Teilnahme.

Geplant ist es, gegen 17 Uhr fertig zu werden, so dass du noch etwas von dem Samstagabend hast. Wenn wir Dein Interesse geweckt haben, melde Dich bitte über bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de an.

Wir freuen uns auf Dein Kommen und darauf, mit Dir einen schönen Tag zu verbringen.

Mit solidarischen Grüßen

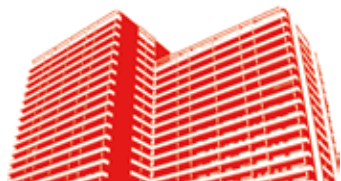
Torsten Himm
Sprecher der AG Politische Bildung
Marzahn-Hellersdorf

P.S. Solltest Du jemanden kennen, die oder der schon länger dabei ist, dann ist dieser Genosse oder diese Genossin auch herzlich eingeladen.

Jahreszeiten

**Gedankenwinter – Einbahnstraße
Hoffnungssommer – Horizontnähe**

JANINA NIEMANN-RICH



Anziehungspunkt „Theater des Ostens“

Die Linksfraktion in der BVV nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der ehrgeizige Plan, das Theater am Park (TAP) am Frankenholler Weg 4 in Berlin-Biesdorf über den Weg der Tourismus- und Wirtschaftsförderung zu sanieren und auszubauen, zu einer Förderzusage des Senates geführt hat.

Das Konzept sieht unter anderem die Instandsetzung und Wiederinbetriebnahme des Großen Theatersaals vor, der auf Grund feuerpolizeilicher Vorschriften seit Jahren geschlossen bleiben musste. Darüber hinaus sollen weitere Seitenbauten sowie eine Umlauf-Pergola errichtet werden, wodurch sich

die nutzbare Fläche im Vergleich zum Ursprungszustand deutlich erweitert. Nicht zuletzt deshalb geht das eingereichte Konzept von einer perspektivisch wirtschaftlichen Tragfähigkeit aus, was

die Förderung aus dem Bereich Wirtschaft und Tourismus ermöglichte. In Verbindung mit dem Schloss Biesdorf, der Biesdorfer Parkbühne, dem „Gelben Haus“ und den Radweg-Magistralen bildet



sich hier ein touristisch nutzbarer kultureller Anziehungspunkt heraus, der geeignet ist, die Ausstrahlung des Bezirkes deutlich aufzuwerten und weithin wirksam werden zu lassen.

Zu DDR-Zeiten beherbergte das Haus das „Erich-Weinert-Ensemble“ der NVA, das mit üppigen Musik- und Tanztheateraufführungen beeindruckte und die Leistungsfähigkeit der Theaterbauten unter Beweis stellte. Daran sollen die künftigen Nutzungen des Großen Saals anknüpfen. In Kombination mit den soziokulturellen Angeboten, die der Trägerverein des TaP seit kurz nach der Wende stets weiterentwickelte und bis heute anbietet, kann sich hier ein echter Knotenpunkt für kulturelle Aktivitäten aller Ebenen herausbilden.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die zahlreichen Interessent*innen und Akteur*innen vor Ort unter einem gemeinsamen Dach eine Arbeits- und Zukunftsperspektive erhalten. Immerhin enthält die Konzeption den Arbeitstitel „Theater des Ostens“ – und verspricht Räume und Entfaltungsmöglichkeiten für vielfältigste Kunststrichtungen, mit einer Akzentuierung auf Tanztheater und soziokulturelle Angebote. Der Realisierung dieser Vision ist der Bezirk mit der Förderzusage ein bedeutendes Stück nähergekommen.

OLAF MICHAEL OSTERTAG
Sprecher für Kultur und Weiterbildung

Wuhletalbrücke: Verkehrskonzept nötig

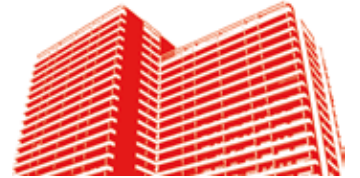
Die Märkische Allee ist eine der wichtigsten Hauptverkehrsstraßen unseres Bezirkes. Mit der für Januar oder Februar 2019 angekündigten Komplettspernung der Wuhletalbrücke wird der Verkehrsfluss auf dieser Verkehrsachse erheblich beeinträchtigt. Dieser soll über die seitlichen Auf- und Abfahrten zur Wuhletalstraße geführt werden. Auf Anfrage des Marzahn-Hellersdorfer Abgeordneten Kristian Ronneburg (DIE LINKE) erklärte die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz, dass statt einer geplanten Sanierung ein Ersatzneubau der Brücke notwendig sei. Zu groß seien die Schäden an der Brücke. Die Sparpolitik der vergangenen Jahre rächt sich. Mit einem Baubeginn ist nicht vor 2021 zu rechnen. Die Brücke ist bereits seit einigen Monaten nur einspurig in jede Richtung befahrbar, die Vollsperrung ist absehbar. Wir haben deshalb einen Antrag für ein Verkehrskonzept für den Marzahner Norden im Falle einer Vollsperrung in die BVV eingebracht, der nun beschlossen wurde. Nun muss das Bezirksamt handeln. Die rot-rot-grüne Landesregierung hat mittlerweile ein Erhaltungsmanagement für Brücken beschlossen, damit Sanierungsbedarfe künftig besser eingeschätzt werden können.



Die nächste öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung findet am Donnerstag, dem 24. Januar 2019, 17 Uhr, im Freizeitforum in der Marzahner Promenade statt.



BJOERN TIELEBEIN
Fraktionsvorsitzender



Was heißt eigentlich kiezverträglich?

Bericht zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung im Dezember 2018

2018 ist zwar bereits vorbei, aber wir blicken noch einmal in die letzte Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Dezember zurück: Es war eine kurze Sitzung, die von Abschieden und Neuanfängen geprägt war. Johannes Martin (CDU), bis dato Stadtrat für Wirtschaft, Straßen und Grünflächen, war Anfang Dezember aus persönlichen Gründen von seinem Amt zurückgetreten und wurde von allen Verordneten verabschiedet. An seine Stelle tritt Nadja Zivkovic (CDU), der wir ein zünftiges Einstandsgeschenk überreichten – ein Korb mit Brot, Salz und Äpfeln, Foto hier nebenan.

Politisch eröffnete Klaus-Jürgen Dahler, unser Sprecher für Haushalt, Personal und Bürgerdienste sowie stellvertretender Vorsteher der BVV, die Sitzung mit einer persönlichen Erklärung zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die vor nunmehr 70 Jahren verkündet wurde. Er erinnerte an den Kern der Erklärung: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Vor kurzem wurde der Migrationspakt von der Bundesregierung beschlossen. Dahler betonte, dass er als Linker Kritik an den darin kaum behandelten Fluchtursachen und Gründen für Kriege habe, aber begrüße, dass sich die Regierung der Aufgabe stelle, die Arbeits- und Lebensbedingungen von Migrant*innen zu verbessern und besonderen Schutz für Familien mit Kindern zu gewährleisten.

Die erste Diskussion entstand bei dem nicht sehr aussagekräftigen Antrag aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung an das Bezirksamt „sich für eine kiezverträgliche Bebauung des ehemaligen Supermarkt-Grundstücks am Kastanien-Boulevard einzusetzen.“ Doch was heißt kiezverträglich? Ein Haus mit sechs oder 13 Etagen? In seinem Rede-

beitrag wies unser Fraktionsvorsitzender Bjoern Tielebein darauf hin, dass Anträge so formuliert sein sollten, dass klar ist, dass Menschen hier willkommen sind und bezahlbarer Wohnraum da geschaffen wird, wo die Menschen wohnen wollen. Mit Unterstützung der Linksfraktion wurde der Antrag letztendlich beschlossen.

Ein „Weihnachtswunder“ – O-Ton: Olaf Michael Ostertag, unser Sprecher für Kultur und Weiterbildung – ist die folgende Nachricht: Die Förderung



Das neue Bezirksamtsmitglied Nadja Zivkovic wird begrüßt von Bjoern Tielebein.

der „station urbaner kulturen“ wurde um ein weiteres Jahr verlängert! Die Geschäftsführerin der NGBK, Lilian Engelman, unter deren Dach das

Kunstprojekt verankert ist, berichtete in der BVV, dass die Förderzusage des Senats für 2019 am gleichen Tage kam. Alle Fraktionen hatten dem Antrag der LINKEN, das Projekt zu erhalten, in der BVV zugestimmt.

Unsere Priorität war der Antrag „Bessere Bezahlung für Kita-Erzieher*innen“. Dabei gehe es nicht nur um eine Gehaltserhöhung oder Zulage, sondern um eine höhere Eingruppierung im Tarifvertrag, so Zoe Dahler, unsere Sprecherin für Soziales, Familie und Senior*innen. Auch dieser Antrag wurde von allen Fraktionen angenommen.

So kann es 2019 weitergehen!

MAGDA ALBRECHT
Mitarbeiterin der Fraktion

Beschlossene Drucksachen der Linksfraktion:

- Bessere Bezahlung für Kita-Erzieher*innen
- Öffentlicher See und Park am ehemaligen Wernerbad
- Schlussfolgerungen aus der Bürgerversammlung zur Sanierung der Lemkestraße ziehen (Sicherstellung der Verkehrssicherheit an der Lemkestraße, Erhalt möglichst vieler Straßenbäume, Erhalt des historischen Straßensbildes mit Kopfsteinpflaster, Schaffung von barrierefreien Gehwegen und Radwegen, Ausbau des Bus-Verkehrs)
- Schulschließung in Mahlsdorf von der Landsberger Straße
- Verkehrskonzept für den Marzahner Norden erarbeiten
- Fortführung des Projektes „station urbaner kulturen“
- Verkehrssicherung des ehemaligen Ärztehauses an der Wuhle

Bessere Bezahlung für Kita-Erzieher*innen

In der Dezember-Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung wurde unser Antrag „Bessere Bezahlung von Kita-Erzieher*innen“ von allen Fraktionen angenommen. In ihrer Rede klärte Zoe Dahler über die Hintergründe auf:

Die größte Baustelle bei der Ausstattung von Kitas in Berlin und in Marzahn-Hellersdorf ist die mangelnde Attraktivität des Berufes und schlechte Bezahlung der Erzieher*innen. Um allen Kindern einen Kitaplatz zu gewähren, müssen die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung verbessert werden.

Derzeit verdienen Erzieher*innen in Berlin

deutlich weniger als zum Beispiel im Land Brandenburg. Diese Lohnlücke soll in den Tarifverhandlungen Anfang 2019 geschlossen werden. Anschließend müsste das Land Berlin den Trägern entsprechend mehr Geld überweisen. Da der Bund ab 2019 mehr als 100 Millionen Euro für die Ber-

liner Kita beisteuern wird, ist eine solche Tarifierhöhung auch finanzierbar.

Dabei geht es nicht nur um eine Gehaltserhöhung oder Zulage, sondern um eine höhere Eingruppierung im Tarifvertrag. Wir müssen den Beruf unbedingt attraktiver machen, mehr Kitas bauen und Plätze schaffen und die Bezahlung der Beschäftigten verbessern.

Derzeit arbeiten in Berlin rund 24.000 Erzieher*innen. In Berlin fehlen gegenwärtig ungefähr 5.500 Kitaplätze und es existiert ein mittlerer Bedarf von 6.000 Fachkräften bis 2020.

Zurzeit haben allein die Kindergärten Nord Ost in Marzahn-Hellersdorf 45 offene Vollzeitstellen – davon 30 Erzieherstellen und 15 Facherzieherstellen. Das entspricht ungefähr einem Fehlbedarf von knapp 500 Kitaplätzen.

Um die Situation zu verbessern, wurde im Juli 2018 auf einem „Kitagipfel“ mit Trägern der frei-

en Jugendarbeit und Fachleuten sowie der Senatsverwaltung beschlossen, dass auch berufsfremde Bewerber*innen leichter als Erzieher*innen eingestellt werden können. Das Abitur als Zugangsvoraussetzung entfällt und der MSA reicht für die Aufnahme der Kitaausbildung aus.

Überprüft werden sollen zugleich verbindliche Ausbildungsquoten für den Kitaeigenbetrieb und für die Ganztagschulen. Bisher bildet nicht einmal jede zehnte Kita aus.

Das Gesetz zur Förderung der Ausbildung soll dahingehend geändert werden, dass ein „Aufstiegs-Bafög“ mehr älteren und erfahrenen Fachkräfte die bezahlte Ausbildung ermöglicht und dass die Bundesagentur für Arbeit die dreijährige Ausbildung komplett finanziert (bisher gibt es eine Förderung der Bundesagentur für nur zwei Jahre). Mit dem Antrag wollen wir uns für die bevorstehenden Tarifverhandlungen für die höhere Eingruppierung einsetzen und damit zugleich die Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen verbessern, als auch die Eltern, die dringend Kitaplätze benötigen, unterstützen.

ZOE DAHLER

Sprecherin für Soziales, Familie und Senior*innen



Dr. Manuela Schmidt (MdB)

Die Stadt für alle

Das war das Leitbild unseres Landesparteitages am dritten Adventswochenende und es ist zugleich Leitbild unseres Handelns in Regierungsverantwortung in und für Berlin. Auch im Jahr 2018 sind wir auf diesem Weg ein gutes Stück vorangekommen. Ich will es exemplarisch an zwei Beispielen zeigen:

Zum einen ist dies der Nachtragshaushalt: Als klar war, dass wir auch im Jahr 2018 wieder mit einem erheblichen Haushaltsüberschuss rechnen können - mehr als zwei Milliarden Euro -, haben wir uns mit der Fraktion im Abgeordnetenhaus für einen Nachtragshaushalt starkgemacht. In einem harten Aushandlungsprozess innerhalb der Koalition ist es gelungen, dass nunmehr mit dem jetzt beschlossenen Nachtragshaushalt nochmal 1,2 Milliarden Euro zusätzlich in Berlins Infrastruktur investiert werden. Dazu gehören unter anderem 164 Millionen Euro zur Sanierung der landeseigenen Vivantes-Krankenhäuser, 300 Millionen Euro zur Anschaffung landeseigener S-Bahnen und ein Zuschuss an die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Howoge, um Schulbau und -sanierung zu unterstützen. Des Weiteren wird der Fonds zum Ankauf von Grundstücken um 50 Millionen Euro verstärkt, und auch für das Ausüben des Vorkaufsrechts, insbesondere in Milieuschutzgebieten, wird mehr Geld zur Verfügung gestellt.

Gleichzeitig wollen wir Familien entlasten und Berlin familienfreundlicher gestalten. Ab dem kommenden Schuljahr soll deshalb das Schülerticket für alle Schülerinnen und Schüler kostenfrei werden, zum gleichen Zeitpunkt wird das Schules-

sen für alle Kinder in der Grundschule kostenfrei. Für die Sanierung der Spielplätze wird es mehr Geld geben, auch für die Sanierung der maroden Berliner Bäder. Zusätzliches Geld wird es auch geben für die Digitalisierung der Verwaltung, für die Berufsfeuerwehr, für die Charité, für die Stadtnatur etc.

Zum Zweiten haben wir in diesem Jahr geschafft, für unsere Berliner Beamten die Differenz in der Besoldung zum Bundesdurchschnitt deutlich zu reduzieren. Mit dem Senatsbeschluss vom Mai 2018 werden die linearen Besoldungserhöhungen in den kommenden Jahren über ein Prozent über dem Durchschnitt der Länder liegen. Der Zeitpunkt der Besoldungsanpassung wird schrittweise auf den Januar vorgezogen, die Kostendämpfungspauschale ist abgeschafft worden, d.h., dass sich die Beamtinnen und Beamten nun nicht mehr an ihren Krankheitskosten beteiligen müssen. Das Weihnachtsgeld ist in zwei Stufen angehoben worden und wird nun mit unserem Beschluss der letzten Plenarsitzung für die unteren Besoldungsgruppen, die noch immer einen größeren Abstand zum Bundesdurchschnitt haben, noch mal aufgestockt. All das zusammen macht es möglich, das Ziel der Besoldungsanpassung an den Durchschnitt zu erreichen, auch wenn es nicht das Ende der Fahnenstange sein kann oder darf. In Berlin zu arbeiten, verlangt eben auch nichts „Durchschnittliches“!

Als Fazit bleibt: Viele Berlinerinnen und Berliner werden am Ende tatsächlich mehr Geld zur Verfügung haben. So sieht für uns als Linke eine Stadt für alle aus!

Neuwahl von Landesvorstand und Landesgremien

Am 15./16.12.2018 hat DIE LINKE. Berlin im Rahmen der 1. Tagung des 7. Landesparteitages einen neuen Landesvorstand gewählt. Unter den Kandidierenden war auch unser Bezirksvorstandsmitglied Bjoern Tielebein. Bjoern wurde erfolgreich in den Landesvorstand gewählt. Ebenso traten Leonore Held und Gisela Höbel für

die Landesfinanzrevisionskommission sowie Eberhard Roloff für die Landes-Schiedskommission an. Alle drei wurden gewählt. Wir gratulieren unseren Genossinnen und Genossen sehr herzlich und wünschen ihnen für Ihre Arbeit in den Gremien viel Erfolg!

KRISTIAN RONNEBURG



Die in Einzelwahl gewählten Mitglieder des Landesvorstandes (v.l.n.r.):

Sylvia Müller
(Landesschatzmeisterin),
Pascal Meiser, Tobias Schulze
(beide stv. Landesvorsitzende),
Katina Schubert
(Landesvorsitzende),
Sandra Brunner
(stv. Landesvorsitzende) und
Sebastian Koch
(Landesgeschäftsführer).

Foto: Y. Rami

Aufruf zum Frauenstreiktag am 8. März 2019

Wenn wir die Arbeit niederlegen, steht die Welt still!!

Am 8. März ist seit über 100 Jahren Frauenkampftag. Seitdem streiken, streiten und kämpfen wir für unsere Rechte und gegen jede Unterdrückung. Über die Welt breitet sich eine Bewegung von Frauen und Queers* aus, von Polen bis Argentinien von New York bis Stockholm überall auf der Welt haben Frauen Grund zum Streik. Es reicht! Lasst uns am 8. März zusammen streiken.

Ständig werden wir diskriminiert, unterdrückt und ausgebeutet. Wir werden täglich mit verletzenden Witzen, Kommentaren und Übergriffen mit Nichtachtung und Diskriminierung kleingemacht und missachtet. Unsere Arbeit wird geringgeschätzt und wir verdienen ca. 22 % weniger als Männer. Nicht nur das, auch zu Hause übernehmen wir unzählige Stunden an Erziehungs-, Pflege und Hausarbeit. Manche tun dies auch noch schlecht bezahlt in anderen Haushalten. Dafür kommen wir im Alter nur schlecht oder gar nicht über die Runden. So verschieden wir sind, wir sind alle Arbeiterinnen, weil wir arbeiten müssen. Egal ob am Computer, mit Kugelschreiber oder Schraubenschlüssel, egal ob mit Besen und Staubtuch in der Hand, ob wir dafür Lohn bekommen oder nicht. Es wird von uns erwartet, dass wir diese Arbeit klaglos, unbeachtet und selbstverständlich mit einem Lächeln erledigen. Das lassen wir uns nicht länger gefallen. WIR STREIKEN!

Wir streiken, weil wir in einer Welt leben wollen, die unsere Arbeit wertschätzt, weil wir uns nicht länger ausbeuten und schlecht bezahlen lassen wollen, weil wir endlich eine Aufwertung der Pflegearbeit, der Kinderbetreuung, der Erziehungs- und Reinigungsarbeit verlangen. Weil wir keinen Schutz vor Männern brauchen, sondern ein Ende jeder Gewalt. Und das sind nur einige unserer Forderungen, die jede Frau und jeder Mann mit eigenen Forderungen ergänzen kann und muss. Wir planen Aktionen im öffentlichen Raum wie zum Beispiel eine Demo mit Besen, Wischeimern und Klobürsten und mit Krach von unzähligen Topfdeckeln - wie in Spanien. Und wir brauchen ganz viele Menschen jedes Alters, die uns unterstützen, die Ideen einbringen und unsere Aktionen in Familien und Freund*innenkreisen publik machen und in Diskussionen und Projekten darüber diskutieren, wie wir eine gerechtere und friedlichere Welt schaffen können. Daher rufen Frauen und Queers in aller Welt: Uns reicht's, wir streiken. Mach mit, schließ Dich an!

Mit vielen Grüßen

Eure Liz Schmidt

Farbe

In der Regel ist Rosa politisch rückschrittlich zwischen links und linkisch SPD seit 1914 ausnahmsweise ist Rosa politisch fortschrittlich: Vorname der Frau die Kapitalismus ächtete eine echte Demokratie 1919 schaffen wollte

Jürgen Riedel

Solidarische Hilfe für kleine Patienten

Die Solidaritätsorganisation Cuba Sí unterstützt eine Intensivstation für Frühgeburten und Problemschwangerschaften in Havanna

In der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ in Havanna kommen jährlich rund 4000 Kinder zur Welt. Die Intensivstation dieser Klinik ist von nationaler Bedeutung: Hier können Neugeborene mit einem Geburtsgewicht von weniger als 1500 Gramm sowie Säuglinge von Müttern mit bestimmten Vorerkrankungen behandelt werden. Die Intensivstation spielt damit eine wichtige Rolle in dem Bestreben, die Säuglingssterblichkeit in Kuba weiter zu senken. Sie liegt derzeit bei 4,0 pro Tausend Lebendgeburten – ein Spitzenwert in Lateinamerika und vergleichbar mit den Werten in der EU.

Die gute und vor allem kostenfreie medizinische Versorgung in Kuba ist eine der großen Errungenschaften der kubanischen Revolution. Insbesondere den Kleinsten wird in Kuba große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Regierung Kubas betrachtet den freien Zugang zu einer umfassenden medizinischen Versorgung als eines der fundamentalen Menschenrechte.

Aufgrund der seit über 50 Jahre währenden Blockade durch die USA ist es für Kuba nach wie vor sehr schwierig, hochwertige Medizintechnik auf dem internationalen Markt direkt zu kaufen.



Ein kleiner Patient in der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“
Bildquelle: Cuba Sí

In den Blockadegesetzen der USA ist unter anderem festgeschrieben, dass Geräte, die mehr als zehn Prozent US-amerikanische Komponenten enthalten, nicht nach Kuba verkauft werden dürfen. Viele medizinische Geräte in der Geburtsklinik „Ramón Gonzáles Coro“ sind heute deshalb

veraltet oder defekt. Cuba Sí will helfen. Mit finanziellen Spenden sollen unter anderem ein Ultraschallgerät, Beatmungsgeräte und Inkubatoren für die Geburtsklinik in Havanna gekauft werden. Schon im Mai 2018 konnten die Cuba Sí-Mitstreiter einen ersten Solidaritätscontainer mit Medizintechnik und medizinischem Verbrauchsmaterial auf die Reise nach Kuba schicken.

Cuba Sí

Bitte unterstützen auch Sie unsere Solidaritätsaktion für die kleinen Patienten in Havanna.

Spendenkonto: DIE LINKE/Cuba Sí

IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10

BIC/SWIFT-Code: BE LA DE BE XXX

Verwendungszweck: Kuba muss überleben

Weitere Informationen zur Solidaritätsarbeit von Cuba Sí unter: unter www.cuba-si.org

CUBA SÍ

Ein Besuch im Advent

Im November wurde der kleine Hellersdorfer Ibrahim schon ein Jahr alt. Wie die Zeit vergeht! Die jetzt siebenköpfige Familie A. aus Syrien lebt nun schon drei Jahre in Deutschland. Ein Jahr

bene Brotmaschine und amüsierte sich darüber köstlich.

Ein Vergleich. In der DDR wurden die jungen Auszubildenden aus Vietnam, Kuba oder Mosambik



Mit Gastgeberin Gudrun Benser beim gemütlichen Kaffeetrinken: Familie aus Syrien.

Foto: Benser

Turnhalle und zwei Jahre Container. Die Kinder sprechen perfekt Deutsch und kommen gut mit in der Schule. Die Eltern trauen sich immer mehr Deutsch zu.

In der Adventszeit luden wir die Familie zu uns ein. Sie erfreuten uns mit einem von Hanan selbstgefertigten Weihnachtsstrauß und einer großen Schefflera-Pflanze.

Der Familienkontakt ist ihnen sehr wichtig. Bryan entdeckte in unserer Küche die handbetrie-

sofort in die volkseigenen Betriebe integriert. Intensive Deutschkurse waren selbstverständlich. Laut Regierungsabkommen sollten sie als Fachkräfte in ihre Heimat zurückkehren. Familienkontakte gab es deshalb wohl zu wenig. Gab es Straftaten? Ja. In der Berliner Staatsanwaltschaft existierte eine Abteilung für Ausländer-Kriminalität. Diese war wohl nicht überlastet.

GUDRUN BENSER

„Mag sein, dass der jüngste Tag morgen anbricht, dann wollen wir gern die Arbeit für eine bessere Zukunft aus der Hand legen – vorher aber nicht.“

DIETRICH BONHOEFFER

Aufruf zum Mitmachen

Liebe Genossinnen und Genossen,

ab dem nächsten Jahr werden wir als Bezirksverband wieder unsere 1.-Mai-Tradition aufleben lassen.

Gemeinsam mit allen Interessierten wollen wir ein Fest auf die Beine stellen und den Tag der Arbeit in Marzahn-Hellersdorf gebührend begehen.

Um Ideen auszutauschen und erste Verabredungen zu treffen, laden wir alle Interessierten herzlich zu einem **Auftakt-Treffen am 15. Januar 2019 um 18.30 Uhr in den Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12 ein.**



Mit solidarischen Grüßen

Kristian Ronneburg
Bezirksvorsitzender

Ernst-Busch-Chor-Konzerte

» 19.1.2019 und 20.01.2019, jeweils 15 Uhr im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur in der Friedrichstraße, Thema: „Lasst Brücken uns bauen“, Gast: Kinder- und Jugendensemble SASAKO, Eintritt: 12 Euro. Karten kann man auch per E-Mail bestellen: ebc-b-karten@gmx.de.

Liebknecht-Luxemburg-Ehrung

» 13.1., 9 - 13 Uhr, Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Gedenkstätte der Sozialisten, Berlin-Friedrichsfelde. Bringt Blumen mit!

Sozialberatung im

Kiezbüro von Kristian Ronneburg

» 17.1., 15 Uhr: Sozialberatung am jeweils 3. Donnerstag eines Monats. Die Idee ist es, Menschen mit sozialen Problemen mit einer Erstberatung zur Seite zu stehen. Dafür wird ein Anwalt vor Ort sein. Um einen möglichst reibungslosen Ablauf sowie eine private Atmosphäre zu ermöglichen, wird um Voranmeldung gebeten. Diese kann während der Öffnungszeiten im Kiezbüro (siehe www.kristian-ronneburg.de), telefonisch 030 47057520 oder schriftlich unter folgenden E-Mail Adressen:

stein@wk.linksfraktion-berlin.de

volkert@wk.linksfraktion-berlin.de erfolgen.

Adresse Kiezbüro Kristian Ronneburg: Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Rotes Sofa

» 15.1., 18 Uhr, Ausstellungseröffnung Nr. 1 "Ich war, ich bin, ich werde sein - Rosa Luxemburg", Abgeordnetenbüro Kittler und Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, Vernissage und Gespräch zur Ausstellung mit Hans Hübner, aus dessen Sammlung die Ausstellungsstücke stammen

Finissage Ausstellung Antje Püpke

» 18.1., 17 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12; diese Ausstellung ist bis zur Finissage während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle zu besichtigen.

Ausstellungseröffnung

» 21.1., 17.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Ausstellungseröffnung Nr. 1 aus Anlass des 100. Jahrestages der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht - aus der Sammlung von Hans Hübner

Stilles Gedenken

» 26.1., 11 Uhr, Parkfriedhof Marzahn, Wiesenburger Weg 10, 12681 Berlin, am Denkmal zur Erinnerung an die Opfer der Zwangsarbeit 1939 - 1945, anlässlich des diesjährigen Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Veranstaltung der BVV Marzahn-Hellersdorf und des Heimatvereins Marzahn-Hellersdorf e.V.

Bezirksvorstand

» 15.1., 5.2., 19.2. jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratung des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» 9.1., 18 Uhr, BO WK 4, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» 10.1., 7.2. jeweils 19 Uhr, BO WK 1, Golferia, Wittenberger Straße 50, 12689 Berlin

» 8.1., 12.2. jeweils 19 Uhr, BO WK 3 und 6, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

» 10.1., 7.2. jeweils 19.30 Uhr, BO WK 2, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

Treffen im Wahlkreis 4

» 13.2., 18 Uhr, Treffen aller im Wahlkreis 4 wohnenden Mitglieder, Theater am Park, Frankenhöfer Weg 4, 12683 Berlin

Sprechstunde Petra Pau (MdB)

» 24.1., 10-12 Uhr, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, um telefonische Anmeldung unter: 030 99289380 wird gebeten.

Sprechstunden Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» Einen persönlichen Termin mit Dr. Manuela Schmidt vereinbaren Sie bitte mit den Mitarbeitern des Abgeordnetenbüros am Helene-Weigel-Platz, E-Mail: buero@dr-manuela-schmidt.de, Telefon: 030 54980323.

Sprechstunden Regina Kittler (MdB)

» Einen persönlichen Termin mit Regina Kittler vereinbaren Sie bitte mit den Mitarbeitern des Abgeordnetenbüros am Helene-Weigel-Platz, E-Mail: buero@regina-kittler.de, Telefon: 030 54980322.

Sprechstunden Kristian Ronneburg (MdB)

» Einen persönlichen Termin mit Kristian Ronneburg vereinbaren Sie bitte mit den Mitarbeitern des Abgeordnetenbüros am Cecilienplatz 5 (Öffnungszeiten: mo 12-15 Uhr, di 10-15 Uhr, do 15-19 Uhr), Telefon: 030 47057520

Abgeordnetenbüros

» Dr. Manuela Schmidt (MdB), Telefon: 030 54980323, und Regina Kittler (MdB), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» Kristian Ronneburg (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

BVV-Fraktion

» Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, di 9-12 Uhr, mi 15 - 17 Uhr, do 15-18 Uhr, Tel.: 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Hinten links:

Sklaven des 21. Jahrhunderts

Als Jesus das Christentum vor mehr als 2000 Jahren begründete, war nicht das sein Ziel, sondern Frieden und soziale Gerechtigkeit unter die Menschen zu bringen.

Sklaven und andere sozial Benachteiligte wurden von ihm bevorzugt und mit Achtung behandelt, das gilt für Frauen wie Männer gleichermaßen.

Noch heute leben weltweit mindestens 43 Millionen Menschen in Lebens-, Unrechts- und Arbeitsverhältnissen gleich Sklaven.

Frage

In welcher Abhängigkeit von Konsum und Karriere leben die Menschen der entwickelten westlichen Demokratien im globalen, digitalen Zeitalter?

R. RÜDIGER

Geschäftsstelle / Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Tel.: 030 5412130 / 030 9953508 - Telefax: 030 99901561

Offen:	Montag	13 - 17 Uhr	
	Dienstag:	10 - 17 Uhr	
	Donnerstag:	13 - 18 Uhr	
	Freitag	10 - 13 Uhr	

Schließtag:
1. Februar 2019

Impressum Marzahn-Hellersdorf **links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. Vi.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Leserzuschriften sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor. Anonyme Schreiben an die Redaktion werden nicht bearbeitet.

Layout: Yvette Rami; **Anschrift der Redaktion:** c/o DIE LINKE, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 03.01.2019. Auslieferung ab 08.01.2019.

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Marzahn-Hellersdorf **links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert.

Empfehlung: 35 Euro-Cent.

Die nächsten Ausgaben erscheinen am 05.02. und 05.03.2019 (Anlieferung aus Druckerei).